



IST DER BAUHOF NOCH HANDLUNGSFÄHIG?

Die Belastung der Mitarbeiter stößt an ihre Grenzen

>>> „Die CDU hat vor drei Jahren eine interkommunale Zusammenarbeit beim Bauhof mit Neunkirchen-Seelscheid und Much abgelehnt! Nun stößt der Bauhof an seine personellen Grenzen. Wie lange noch will die CDU mit ihrem Kirchturmsdenken (so damals Bürgermeister Mario Loskill) Einsparungen vermeiden und den Bürgerinnen und Bürgern den erforderlichen Service vorenthalten? Wir fordern die Mehrheit im Rat auf, endlich die Einsparpotentiale zu nutzen und für eine interkommunale Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden den Weg frei zu machen. Sollte die CDU dies weiterhin verweigern, wird die SPD nach der kommenden Kommunalwahl wieder den Versuch machen, dies durchzusetzen. Das sind wir den Mitarbeitern des Bauhofes und den Bürgerinnen und Bürgern schuldig“, so Ralf Voigt, SPD-Ortsvereinsvorsitzender.

Die Vorzüge einer Zusammenarbeit wurden 2016 in der Verwaltungsvorlage dargestellt. Auszug aus der Verwaltungsvorlage:

- Die Einstellung einer neuen Bauhofleitung entfällt.
- Unter der Voraussetzung einer Personalüberleitung in die gKU entfallen die Zuständigkeiten des Bürgermeisters als Personalchef sowie alle damit zusammenhängenden Aufgaben beim Personalamt der Gemeindeverwaltung Ruppichteroth.
- Die Arbeitsorganisation des Bauhofes und die Bereitstellung von Stellenanteilen für den Bereich der Straßenkontrollen entfallen.

- Arbeitsentlastung im Bereich der Kernverwaltung, insbesondere im Fachbereich 3.
- Krankheitsausfälle und Urlaubszeiten werden aufgrund des größeren Personalbestandes durch eine verbesserte Vertretung aufgefangen.

Für den Aufgabenbereich „Erhalt des gemeindlichen Infrastrukturvermögens“, der bei der Gemeinde verbleibt, ist die Einstellung von technischen Personal in Form eines Tiefbauingenieurs/Tiefbautechnikers im Fachbereich 3 notwendig. Diese Stelle kann durch den dargestellten wirtschaftlichen Vorteil bei einem Beitritt zur gKU in Höhe von ca. 64.000 Euro gegenfinanziert werden.

SHANMUGARAJAH SENTHAN ZUM REVISOR GEWÄHLT

>>> Auf dem Kreisparteitag der SPD in Eitorf wurde der Kassierer des Ortsvereins und Mitglied des Gemeinderates Ruppichteroth, Shanmugarajah Senthan, wieder zum Revisor gewählt. Damit hat die SPD Ruppichteroth wieder einen Vertreter im Kreisvorstand. Er führt damit sein Amt fort, das er im Herbst letzten Jahres auf dem Kreisparteitag verloren hatte. Er konnte sich

mit 72 Stimmen zu 48 Stimmen gegen eine Gegenkandidatin durchsetzen. Das deutliche Ergebnis war unerwartet, um so größer war die Freude beim neuen Vorstandsmitglied und den Ruppichterother Delegierten. Shanmugarajah nahm die Wahl an und bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.



MEHR PROBLEME GESCHAFFEN ALS GELÖST

Anlieger müssen beim Straßenausbau weiter mit hohen Kosten rechnen

>>> Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben jetzt ihre Ideen für Änderungen an den Straßenausbaubeiträgen in NRW vorgestellt. Durch ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 65 Millionen Euro sollen die Höchstsätze der Anliegerbeteiligung auf 40 Prozent begrenzt werden.

„Die Vorschläge der schwarz-gelben Regierungskoalition schaffen mehr Probleme, als sie lösen. CDU und FDP überhören den lauten Protest von nahezu 500.000 Menschen in diesem Land. An der Tatsache, dass Straßenausbaubeiträge keine Rücksicht auf die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit nehmen, ändert sich nichts. Es bleibt bei einem ungerechten System“ kommentiert der SPD- Ortsvereinsvorsitzende Ralf Voigt die Entscheidung aus Düsseldorf.

Kommunen, die das Förderprogramm in Anspruch nehmen wollen, müssen ihre entsprechenden Satzungen überarbeiten. Um in den Genuss des Geldes zu kommen, braucht es zukünftig einen Antrag der Kommune beim Land.

„Statt die Rathäuser in NRW von den aufwändigen Beitragsabrechnungen zu entlasten, wird mehr Bürokratie geschaffen. Die Beschäftigten in den Rathäusern dürfen demnächst dann neben der aufwändigen Ermittlung der Kosten, der Veranlagung der Beiträge und eventuellen Gerichtsverfahren und Vollstreckungen auch noch Förderanträge und Verwendungsnachweise schreiben“ so der SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Richard Rohs.

Die Anlieger von zu sanierenden Straßen sollen zukünftig früher über die geplante Maßnahme informiert werden. Dazu soll es ein „Bürgerleitfaden Anliegerbeiträge“ erstellt werden, der die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erläutert.

„Mehr Information senkt keinen Beitragsbescheid. Dieser Vorschlag beinhaltet den Vorwurf, Kommunen würden sachfremde Dinge abrechnen. Im Ergebnis bedeutet diese neue formale Anforderung für Kommunen mehr Aufwand und auch mehr rechtliches Risiko“, befürchtet Ralf Voigt.

Die SPD-Fraktion im Landtag wird ihren Gesetzentwurf zur kompletten Abschaffung der Beiträge und der Entschädigung der Kommunen aus dem Landeshaushalt aufrechterhalten. „Unser Vorschlag bedeutet echten Bürokratieabbau. Unsere Lösung ist klar, fair und gerecht: Die Anwohner müssen keine Beiträge zahlen, das Land übernimmt diesen Anteil“, erläutert Ralf Voigt, warum man an dem Vorhaben festhalten wird.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD nominiert **Denis Waldästl** als Landratskandidat **Seite 2**

Mit **Gratis-Fahrkarten** unsere ehrenamtlichen Retter und Helfer stärken **Seite 3**

Bauhof der Gemeinde stößt an seine Grenzen **Seite 4**

Shanmugarajah Senthan gewählt **Seite 4**



SPD RHEIN-SIEG FEIERTE MIT BÜRGERFEST 50. GEBURTSTAG

>>> Vor 50 Jahren entstand der Rhein-Sieg-Kreis aus dem Siegbereich und Teilen des Landkreises Bonn. Aus diesem Grund fanden auch rechts- und linksrheinische SPD-Mitglieder - nicht immer ganz reibungsfrei - zusammen und gründeten den Kreisverband Rhein-Sieg. Die Geschichte der Sozialdemokratie im Kreisgebiet reicht jedoch viel weiter zurück. In diesem Jahr feiern

viele Ortsvereine ihr 100-jähriges Jubiläum, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Einführung der Demokratie durch die sozialdemokratische Reichsregierung ins Leben gerufen wurden.

„Wir wollen unseren Geburtstag nicht mit langen Festvorträgen in dunklen Hallen feiern und laden deshalb zu einem großen Bürgerfest ein. Wir wollen

mit den Menschen ins Gespräch über die wichtigen aktuellen Themen vor Ort kommen“, begrüßte der Kreis- und Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, die zahlreichen Gäste auf dem Stadtsoldatenplatz in Hennef. Das Konzept ging auf, viele folgten der Einladung. Auf der Bühne sorgten den ganzen Tag junge Künstlerinnen und Künstler aus der Region für beste Unterhaltung.

LIEFERN AM LIMIT

>>> Sie klingeln häufig an den Türen und doch gelangen die Arbeitsbedingungen von Fahrradkurieren und Paketboten nur selten in den Blick der Öffentlichkeit. „Wir diskutieren lieber über die Schadstoffklasse der Lieferfahrzeuge als über die zum Teil skandalösen Strukturen in der Lieferbranche“, so der Juso-Kreisvorsitzende Mario Dahm zu Beginn einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Liefern am Limit“. Welche neuen Formen von Arbeit und Ausbeutung mit der Digitalisierung entstehen, konnten der ehemalige Fahrradkurier Orry Mittenmayer und ver.di-Experte Uwe Speckenwirth aus erster Hand berichten. Landtagsabgeordnete Sarah Philipp forderte Arbeitnehmerrechte auch in der digitalen Plattformwirtschaft. Einen wichtigen Schritt konnte die SPD in der Bundesregierung nun erreichen: Mit der Nachunternehmerhaftung wird Ausbeutung bei Paketdiensten effektiv bekämpft.

DENIS WALDÄSTL WILL LANDRAT WERDEN

Mobilität, Wohnen, Familie und Gesundheit sind Schwerpunkte

>>> Stellvertretender Landrat ist er schon. Nun will der 32-jährige Bankkaufmann und Kreistagsabgeordnete aus Sankt Augustin Landrat des Rhein-Sieg-Kreises werden. Einstimmig nominierte die SPD Denis Waldästl auf ihrem Parteitag zum Landratskandidaten für die Wahl am 13. September 2020. Zu seinen Schwerpunkten machte Waldästl die Themen Mobilität, Wohnen, Familien und Gesundheit.

Um den Dauerstau in der Region Bonn/Rhein-Sieg zu bekämpfen und das Klima zu schützen, will der Sozialdemokrat in den Öffentlichen Nahverkehr investieren und das „1-Euro-Ticket“ einführen. Dafür setzt er auf eine regional abgestimmte Verkehrsplanung statt Kirchturmdenken. In der Boom-Region wird der Wohnraum knapp. Viele Menschen finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Deshalb will die SPD endlich konsequent in den öffentlichen Wohnungsbau investieren. Familien

will Waldästl über die Abschaffung der Betreuungsgebühren wirksam entlasten, wie es im sozialdemokratisch regierten Nachbarn Bundesland längst der Fall ist. Auch die Gesundheitsversorgung liegt Waldästl am Herzen.

„Die Diskussion um die Kinderklinik zeigt, dass die Versorgung auch im ländlichen Raum oberste Priorität erhalten muss“, so Waldästl.



KOSTENLOSE FAHRKARTEN FÜR HELPER UND RETTER

SPD-Vorschlag für freiwillige Feuerwehren und Rettungsdienste abgelehnt

>>> Ein Zeichen für den Klimaschutz und vor allem der Wertschätzung wollte die SPD-Kreistagsfraktion mit ihrem Antrag setzen, den Aktiven in den freiwilligen Feuerwehren und ehrenamtlichen Rettungsdiensten kostenlose Tickets für Bus und Bahn zur Verfügung zu stellen. „Sie sind Tag und Nacht ehrenamtlich für uns im Einsatz. Würden die freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste nicht existieren oder keinen Nachwuchs mehr finden, kämen enorme Kosten auf uns alle zu, denn dann müsste Städte und Gemeinden hauptamtliche Kräfte beschäftigen und bezahlen. Wir wollen mit den kostenlo-

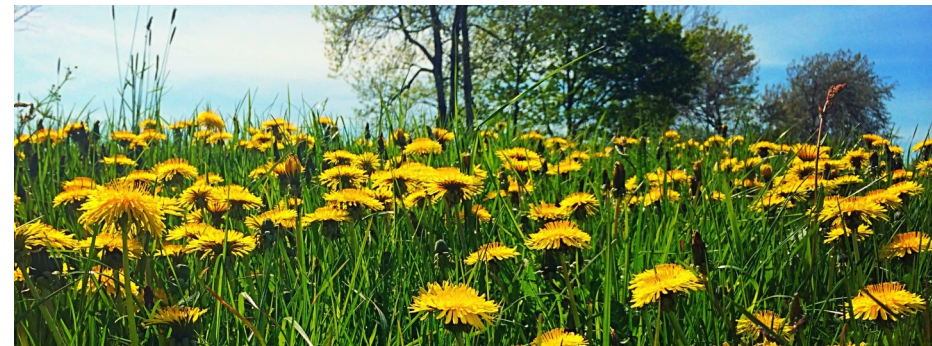
sen Tickets einen kleinen Anreiz für dieses wichtige Engagement setzen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Dietmar Tendler. Natürlich leisten Ehrenamtler auch in vielen anderen Bereichen

„Ein Zeichen der
Wertschätzung“

eine herausragende Arbeit für die Gesellschaft. Deshalb möchte die SPD-Kreistagsfraktion ihren Vorschlag auch als Anfang verstanden wissen. So sprach sich die NRWSPD kürzlich dafür aus, ehrenamtliches Engagement im

ganzen Land u.a. durch kostenlose ÖPNV-Tickets aus Landesmitteln zu fördern. „Perspektivisch wird man an einem massiv vergünstigten oder gar kostenfreien Nahverkehr ohnehin nicht vorbeikommen“, so Tendler.

„Leider können wir im Rhein-Sieg-Kreis aber nicht einmal den ersten Schritt für die Aktiven bei Feuerwehren und Rettungsdiensten machen“, bedauert Antragssteller Ömer Kirli (SPD). Im Verkehrsausschuss lehnten CDU, Grüne, FDP und „AfD“ den Vorschlag der Sozialdemokraten ab.



LOKALER KLIMASCHUTZ IST GESAMTAUFGABE

Anstrengungen des Kreises müssen verstärkt werden

>>> Vor elf Jahren bescheinigte eine Studie dem Rhein-Sieg-Kreis das Potenzial, sich mit erneuerbaren Energien zu 100% selbst versorgen zu können. Heute muss man festhalten: Seit dem ist nicht genug passiert. Darüber konnte auch das laute Eigenlob der Koalition aus CDU und Grünen im Kreiseumweltausschuss nicht hinwegtäuschen. Mit großer Mehrheit, nur die sogenannte „AfD“ stimmte dagegen, brachte der Ausschuss nun ein Maßnahmenpaket für mehr Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis auf den Weg, bei dem die SPD-Kreistagsfraktion noch wichtige Punkte ergänzen konnte. Beim Ausbau des Nahverkehrs soll nun auch auf den Fahrpreis geachtet werden. Dieses Ziel hatten weder Kreisverwaltung noch CDU und Grüne formuliert. Die Preise

für Bus und Bahn müssen sinken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Außerdem soll das Thema Begrünung von Dach- und Fassadenflächen, ggfs. auch von Bushaltestellen, stärker verfolgt werden.

Nicht zuletzt war es der SPD-Fraktion wichtig, das Ziel eines sozial gestalteten Klimaschutzes in den Maßnahmenplan aufzunehmen. Klimaschutz darf kein Projekt der Besserverdienenden sein und die Gesellschaft nicht weiter spalten. Denn alle Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel werden nur nachhaltig Wirkung entfalten können, wenn sie breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. Was passiert, wenn dies nicht gelingt, muss man leider in anderen Staaten mit Entsetzen beobachten.

KINDERKLINIK MUSS ERHALTEN BLEIBEN

>>> Geschlossen hat der Kreistag die Entscheidung des Asklepios-Konzerns kritisiert, die Kinderklinik in Sankt Augustin schließen zu wollen. Wichtigstes Ziel muss es sein, die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Rhein-Sieg-Kreis zu sichern. Seit dem Beschluss des Kreistages sind Monate vergangen, über 100 Mitarbeiter haben die Klinik verlassen. In einer Anfrage möchte die SPD von Landrat wissen, wie der aktuelle Stand der Gespräche des Kreises mit dem Konzern ist. Anstatt der Schließung, wäre eine Kooperation mit der Uniklinik Bonn zu prüfen. Auch hierzu möchte die SPD-Fraktion wissen, ob bereits Gespräche gelaufen sind. Für den Kreistagsabgeordneten Denis Waldästl ist klar: „Eine Lösung muss schnell gefunden werden. Je länger wir ohne Ergebnisse in der Hand dastehen, desto mehr Mitarbeiter verlassen die Klinik. Wir brauchen Planungssicherheit. Die Kinderklinik in Sankt Augustin wird für die Versorgung im ganzen Kreis benötigt!“